

1. Wie wollen Sie zur Armutsreduzierung in Hamburg, insbesondere der Armutsreduzierung der alleinerziehenden und älteren Frauen beitragen?

Die Armut von Frauen ist insbesondere bedingt durch – in den älteren Generationen – schlechtere berufliche Qualifikationen und – dies gilt auch heute noch – fehlende Berufsjahre durch Kindererziehung und Familienzeiten. Dies wirkt sich dramatisch auf die Rente aus. Bei alleinerziehenden Frauen ist es insbesondere das Problem der fehlenden Betreuung. Kitas und Kindergärten, die entweder zu wenig Plätze haben oder nicht lang genug geöffnet haben, verhindern Erwerbsarbeit von alleinerziehenden Müttern. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden, die in der Regel Frauen sind, ist besonders hoch. Gute Arbeit (nicht einfache, angelernte Aushilfstätigkeiten mit Kurzzeitverträgen) sind nicht nur Teil des Sozialstatus, sondern auch Teil der sozialen Identität. Für die große Mehrheit der Frauen (Frauenerwerbsquote aktuell bei über 70%) gehört Berufsarbeit zu ihrem Leben. Sie sichert darüber hinaus die wirtschaftliche Unabhängigkeit, auch in Beziehungen. Die AfD bekennt sich dabei zur Familie. Sie ist jedoch nicht genuine Aufgabe der Frau (mit den entsprechenden Nachteilen im Alter etc.), sondern Aufgabe beider Partner, Mann und Frau. Für einkommensschwache Erziehende fordert die AfD langfristig eine ganztägige kostenfreie Kindertagesbetreuung.

2. Gewalt gegen Frauen verletzt milliardenfach das Recht der Frau auf ihre Würde und Unversehrtheit. Auch in Hamburg ist jede 4. Frau Gewalt ausgesetzt, vor allem häuslicher Gewalt. Das Landesaktionsprogramm schützt Opfer. Wichtig sind präventive Maßnahmen. Wie wollen Sie in Hamburg dazu beitragen, Gewalt aus menschlichen Beziehungen zu verbannen und Gewaltfreiheit als Teil der Kultur Hamburgs zu etablieren?

Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck eines generell mangelnden Respekts vor der Unversehrtheit der Person, aber auch Ausdruck einer Missachtung von Frauen. Sie richtet sich zudem gegen Schwächere. Damit verbunden sind oft entweder Überzeugungen, dass Frauen und Männer unterschiedliche Rechte und Pflichten haben, eine Überforderung mit Aufgaben und Rollen und/oder eine gescheiterte Erziehung zu Gewaltfreiheit. Kulturen der Gewalt müssen durch Erziehung und Bildung delegitimiert werden. Ohne diese wird eine Verminderung der Gewalt gegen Frauen kaum möglich sein. Insbesondere an den Schulen muss es Erziehungsziel sein, Gewaltfreiheit als Verhaltensnorm und die freiheitliche Auseinandersetzung mit Worten als Wert zu vermitteln.

3. Was erwarten und planen Sie im Zusammenhang mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für die nächste Legislaturperiode? Wie bewerten Sie bisherige Erfolge, wo sind künftige Schwerpunkte zu setzen?

Gleichstellungspolitik muss auf die Verhinderung der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft usw. zielen. Dabei ist es wichtig, nicht nur ein Geschlecht im Auge zu haben. Ohne die Berücksichtigung beider Geschlechter und ihres Verhältnisses zueinander kann Chancengleichheit

nicht gelingen. Denn diese ist nicht nur eine Frage rechtlicher Regelungen, sondern der individuellen und kollektiven Haltung des einen Geschlechts zum jeweils anderen Geschlecht. So ist auch darauf zu achten, dass Jungen und Männer keiner Diskriminierung unterliegen. Die Wahl von und zu Gleichstellungsbeauftragten muss auch für Männer möglich sein. Gleichstellung und Geschlechterpolitik müssen Thema für beide Geschlechter sein. Eine geschlechtergerechte Politik braucht keine Quoten, sondern könnte z. B. so vorgehen, dass dort, wo ein Geschlecht unterrepräsentiert ist, bei gleicher Qualifikation das jeweils andere Geschlecht bevorzugt wird.

4. Wohnen und Verkehr in der Großstadt: zwei Herausforderungen für Frauen mit Kindern. Welche politischen Planungen verfolgen Sie z.B. in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Entlastung Alleinerziehender, Mehrgenerationenhäuser, mehr und günstigeren ÖPNV, bessere Taktzeiten im ÖPNV?

Hamburg hat ein Defizit an Wohnraum, welches steigende Mieten und Kaufpreise verursacht. Dies belastet insbesondere Bürger mit geringen Einkommen und nicht nur Frauen mit Kindern. Die Fehlsteuerung des Wohnungsangebots wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass 400.000 Hamburger Haushalte (41 Prozent aller Haushalte) Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Dem gegenüber steht ein Angebot von 88.000 Sozialwohnungen. Überdies sind mehr als ein Fünftel belegt von Mietern oberhalb der Einkommensgrenzen. Hier klaffen Sozial- und Gerechtigkeitsansprüche einerseits und die Realität andererseits weit auseinander. Im Bereich Wohnraum fordern wir ein höheres Wohngeld. Für bezahlbaren Wohnraum müssen Bauanträge, insbesondere für preiswerten Wohnraum, deutlich schneller bearbeitet werden. Die Hansestadt Hamburg kann ohne private Investitionen die Wohnungslücke nicht schließen.

Die AfD fordert den sofortigen Stopp des Busbeschleunigungsprogramms. Die geringen Vorteile für die Busbenutzer rechtfertigen keine Investition in Höhe von 260 Millionen Euro, zumal diese vielfältige Beeinträchtigungen anderer Verkehrsträger und auch der anliegenden Gewerbe bedeuten. Eine weiterhin wachsende Stadt bedarf auch eines bedarfsgerechten und wirtschaftlichen Ausbaus der öffentlichen Nahverkehrssysteme. Dazu gehören auch bedarfsgerechte Taktzeiten im öffentlichen Nahverkehr.

5. Wesentlich mehr Frauen als Männer arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Was kann dagegen getan werden? Wie wollen Sie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchsetzen?

Die prekären Beschäftigungsverhältnisse, in denen mehr Frauen als Männer arbeiten, sind mit den Dingen verbunden, die unter Punkt 1 ausgeführt worden sind. Die einzige Möglichkeit aus unserer Sicht ist 1. Die Förderung von Bildung der Mädchen und Frauen, insbesondere in Berufen, in denen gut verdient werden kann und in denen Mädchen und Frauen chronisch unterrepräsentiert sind, d.h. Naturwissenschaft und Technik. Die Lohndiskrepanz liegt nicht zuletzt auch an den von Frauen bevorzugten Berufsfeldern, von den Pflegeberufen bis hin zu den Geistes- und Sozialwissenschaften. Dies hat zu tun mit Erziehung und Rollenidealen. Deshalb muss auch hier angesetzt werden. Wenn bei gleicher Arbeitsleistung und gleicher Qualifikation geschlechterdiskriminierend entlohnt wird, sollten betriebliche Moderatoren einbezogen werden.